



Regierungsrat

Luzern, 19. Juni 2019

STELLUNGNAHME ZU MOTION

M 59

Nummer: M 59
Eröffnet: 17.06.2019 / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement
Antrag Regierungsrat: 19.06.2019 / Ablehnung
Protokoll-Nr.: 741

Motion Wismer Priska und Mit. über die Einreichung einer Kantonsinitiative zur Einführung einer CO₂-Abgabe auf Flugtickets

Es ist bekannt, dass ein wesentlicher Anteil an den Treibhausgasemissionen durch den Flugverkehr verursacht wird. Eine Gebühr oder Lenkungsabgabe für den Flugverkehr in Form einer Flugticketabgabe oder Kerosinsteuer wird denn auch bereits seit längeren immer wieder von verschiedenen Seiten gefordert. Auch auf Bundesebene ist die Forderung nach mehr Klimaschutz im Flugverkehr schon lange präsent. Im Bundesparlament wurden in den letzten Jahren verschiedene entsprechende Vorstösse eingereicht, so z.B. Postulat 10.4006 «Flugverkehrsbesteuerung für Auslandsflüge analog zu Deutschland», Motion 13.3901 «Stopp der steuerlichen Bevorzugung des Flugverkehrs», Postulat 17.3080 «Neue Quellen für die Klimafinanzierung schaffen» (zurückgezogen am 5. März 2019), Postulat 17.3129 «Einführung einer Abgabe auf Flugtickets» (ebenfalls zurückgezogen am 5. März 2019) und Postulat 17.3998 «Klimaschutz endlich auch im Flugverkehr». Eine CO₂-Abgabe auf Tickets für Flüge ab Schweizer Flughäfen wurde letzten Dezember auch im Nationalrat im Rahmen des CO₂-Gesetzes diskutiert. Der Bundesrat sah das in seiner Vorlage nicht vor und auch der Nationalrat sprach sich dagegen aus. Die Diskussion dürfte im Ständerat noch einmal aufgegriffen werden.

Auch haben bereits verschiedene kantonale Parlamente die Einreichung einer Kantonsinitiative für eine Flugticketabgabe diskutiert. Sowohl der St. Galler Kantonsrat als auch das Parlament von Basel-Stadt haben im Februar bzw. im April dieses Jahres beschlossen, eine entsprechende Standesinitiative beim Bund einzureichen. Im Kanton Aargau lehnte das Parlament am 4. Juni 2019 hingegen das Einreichen einer Standesinitiative ab. In weiteren Kantonen steht die Diskussion im Parlament noch aus.

Sowohl international als auch national sind die Diskussionen folglich bereits in vollem Gang. Die aktuellen Klimadiskussionen auf allen Ebenen werden den Druck auf das eidgenössische Parlament weiter verstärken. Vor diesem Hintergrund sehen wir in einer weiteren Kantonsinitiative weder einen Effekt noch einen Mehrwert. Wie bereits in unserer Antwort auf die Motion M 652 Hofer Andreas ausgeführt, wollen wir deshalb unsere knappen personellen Ressourcen nicht für die Ausarbeitung einer Kantonsinitiative und deren aufwändigen Begleitung im eidgenössischen Parlament verwenden und uns auf die Ausarbeitung von kantonal umsetzbaren Massnahmen fokussieren. Wir beantragen Ihrem Rat deshalb, die Motion abzulehnen.